

Sessionsinfo der Schweizer Agrarindustrie

November 2023

Umbruch im Ernährungssystem bedingt Innovation

Der Wandel unserer Ernährungssysteme in Richtung Resilienz und Nachhaltigkeit erfordert grosse Anpassungsleistungen. Der Handlungsbedarf ist angesichts des Klimawandels und der multiplen Versorgungskrisen akut, darin sind sich die Experten einig. Deshalb stand am nationalen Dialogtag "Brennpunkt Nahrung" vom 7. November die Frage im Zentrum, wie die Schweiz die Errungenschaften einer offenen Volkswirtschaft und eines produktiven und stabilen Ernährungssystems für die Zukunft weiterentwickeln kann. Handlungsbedarf besteht unter anderem beim Abbau innovationsfeindlicher Regulatorien, bei der notwendigen, umfassend nachhaltigen Produktivitätssteigerung, den Anreizen für eine gesündere Ernährung oder der Vermeidung von Food Waste.

Zukunftsgerichtete Landwirtschaft benötigt moderne Pflanzenschutzmittel

Der Bundesrat eröffnete am 11. Oktober die Vernehmlassung zum vierjährigen landwirtschaftlichen Zahlungsrahmen von über 13 Milliarden Franken. Bis 2030 sind die agrarpolitischen Rahmenbedingungen gesetzt. Die detaillierte Ausgestaltung erfolgt über die Anpassungen der Verordnungen, insbesondere der Direktzahlungsverordnung. Hier experimentiert das Bundesamt für Landwirtschaft im Rahmen der Produktionssystembeiträgen mit der Reduktion oder dem Verzicht von Pflanzenschutzmitteln in verschiedenen Kulturen. Die Ergebnisse der ersten Anbausaison liegen vor und zeigen, dass die Auswertung der Erträge sich mit den Modellrechnungen decken: der Verzicht auf Pflanzenschutz führt zu Ertragseinbussen bei Ölsaaten, Getreide und Kartoffeln.

Solche Ertragsausfälle können die Produzenten teilweise mittels Direktzahlungen kompensieren. Diese Direktzahlungen haben aber negative Folgen auf das Gesamtsystem: Das inländische Produktionspotenzial wird nicht ausgeschöpft, die Auslandabhängigkeit nimmt zu und die nachgelagerte Verarbeitungsindustrie kann die Kapazität nicht auslasten. Ferner ist klar: Das vom Bundesrat gesetzte Ziel, den Selbstversorgungsgrad der Schweiz zu erhöhen und dem Wunsch der Bevölkerung nach regional produzierter Nahrung kann so nicht entsprechen werden.

Gleichzeitig leidet der moderne Pflanzenschutz wegen zahlreicher hängiger Zulassungsgesuchen unter einem eigentlichen Innovationsstau. Die Folgen sind eine Ausdünnung der Mittel und damit Schutzlücken bei den Kulturen. Der Verfassungsauftrag zur Sicherung der landwirtschaftlichen Produktionsgrundlagen und einer ressourceneffizienten Lebensmittelproduktion ist akut gefährdet. Das neu gewählte Parlament in Bern muss sich die Frage stellen: Sendet die Agrarpolitik die richtigen Signale aus für eine zukunftsgerichtete und innovative Landwirtschaft?

Der Blick über den Tellerrand: Übernahme der EU-Entscheide für einen modernen Pflanzenschutz

Die Schweiz kann vom EU-Zulassungssystem für Pflanzenschutzmittel (PSM) profitieren, die Risikobewertung der EU übernehmen und auf die nationalen Gegebenheiten anpassen. Genau das fordert die parlamentarische Initiative Bregy, welche die Übernahme der EU-Zulassungen von Pflanzenschutzmitteln in der Schweiz vorschlägt – vor dem Hintergrund der Tatsache, dass die Schweiz bereits den seitens EU verordneten Rückzug von Pflanzenschutzmittel nachvollzieht, nicht aber die EU-Zulassungen. Der Rückzug und die Zulassung von PSM sind Anfang und Ende des gleichen Prozesses, eine Vereinheitlichung drängt sich auf und ist für die Branche und die Landwirtschaft bedeutsam.

Ähnlich verhält es sich mit der Risikobewertung der Pflanzenschutzmittel für die Gewässer. Die EU wählt den evidenzbasierten Ansatz und unterscheidet bei Pflanzenschutzmitteln und ihren Abbauprodukten zwischen relevanten und nichtrelevanten Substanzen zur Definition der Schwellenwerte. In der Umsetzung des Gewässerschutzgesetzes sollte sich die Schweiz an der EU orientieren. Denn der pauschale Schwellenwert von 0,1 Mikrogramm für Pestizide und deren Abbauprodukte ist ohne die klare Unterscheidung in relevante und nicht-relevante Metaboliten nicht umsetzbar.

Offenheit für neue Technologien

Verlässliche Rahmenbedingungen und faire Preise bilden den Rahmen für das "SmartFarming" der Zukunft in allen Dimensionen: bodenunabhängig, vertikal oder traditionell. Ein Mix unterschiedlicher Anbausysteme, Kulturen und Verfahren bedient die diversen Konsumentenbedürfnisse. Dabei bleibt wichtig: eine ressourceneffiziente nachhaltige Produktionsweise muss sich lohnen und den Weg zum Markt finden.

Idiologische Scheuklappen sind für die anstehenden Herausforderungen ungeeignet. Die nüchterne Abwägung von Risiken und Chancen muss zum bestmöglichen Resultat führen. Dabei sind die Offenheit für neue Technologien und eine ökologische Intensivierung der Landwirtschaft, zusammen mit verlässlichen internationalen Handelsbeziehungen unerlässlich.

Parlamentsgeschäfte

22.025 Für die Zukunft unserer Natur und Landschaft (Biodiversitätsinitiative). Volksinitiative und indirekter Gegenvorschlag

Im Ständerat am 7. Dezember 2023

Empfehlung: Ablehnung des indirekten Gegenvorschlags

Begründung: Die Industriegruppe Agrar anerkennt die bisherigen Anstrengungen im Bereich der Biodiversitätsförderung und die erzielten Fortschritte. Eine saubere Evaluation und die Weiterentwicklung des eingeschlagenen Weges sind angezeigt, die Initiative ist nicht nötig. Die Industriegruppe unterstützt die Optimierung und Fortführung der eingeleiteten Massnahmen des Bundes und lehnt die Biodiversitätsinitiative wie auch den indirekten Gegenvorschlag ab.

Die **Industriegruppe Agrar** vereinigt Spezialisten im Bereich Pflanzenschutz der Unternehmen BASF, Bayer, Leu+Gygax, Omya, Stähler und Syngenta. Die Gruppe setzt sich für innovative und umweltgerechte Lösungen im Bereich Pflanzenschutz ein.